

No. 33921

**GERMANY
and
LITHUANIA**

**Agreement concerning transfrontier movement of persons
and goods by road (with annexes). Signed at Vilnius on
22 October 1992**

Authentic texts: German and Lithuanian.

Registered by Germany on 17 July 1997.

Termination (*Note by the Secretariat*)

**ALLEMAGNE
et
LITUANIE**

**Accord relatif au transport transfrontalier de personnes et de
marchandises par route (avec annexes). Signé à Vilnius le
22 octobre 1992**

Textes authentiques : allemand et lituanien.

Enregistré par l'Allemagne le 17 juillet 1997.

Abrogation (*Note du Secrétariat*)

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

VEREINBARUNG ZWISCHEN DEM BUNDESMINISTER FÜR VERKEHR DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DEM MINISTERIUM FÜR VERKEHR DER REPUBLIK LITAUEN ÜBER DEN GRENZÜBERSCHREITENDEN PERSONEN- UND GÜTERVERKEHR AUF DER STRASSE

Der Bundesminister für Verkehr der
Bundesrepublik Deutschland
und
das Ministerium für Verkehr der Republik Litauen -

in dem Wunsch, den grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr auf der Straße zu regeln und zu fördern -
haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Diese Vereinbarung bezieht sich auf die Beförderung von Personen und Gütern im grenzüberschreitenden Straßenverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Litauen und im Transit durch diese Staaten durch Unternehmer, die im Hoheitsgebiet ihres Staates zur Ausführung dieser Beförderungen berechtigt sind.

Personenverkehr

Artikel 2

(1) Personenverkehr im Sinne dieser Vereinbarung ist die Beförderung von Personen und deren Gepäck mit Kraftomnibussen auf eigene Rechnung oder auf Rechnung Dritter. Das gilt auch für Leerfahrten im Zusammenhang mit diesen Verkehrsdiensten.

(2) Als Kraftomnibusse gelten Kraftfahrzeuge, die nach ihrer Bauart und Ausstattung zur Beförderung von mehr als neun Personen (einschließlich Fahrer) geeignet und bestimmt sind.

Artikel 3

(1) Linienverkehr ist die regelmäßige Beförderung von Personen in einer bestimmten Verkehrsverbindung nach im voraus festgelegten und veröffentlichten Fahrplänen, Beförderungsentgelten und -bedingungen, bei denen Fahrgäste an vorher festgelegten Haltestellen ein- und aussteigen können. Dies gilt auch für Verkehre, die im wesentlichen wie Linienverkehre durchgeführt werden.

(2) Als Linienverkehr im Sinne dieser Vereinbarung gilt unabhängig davon, wer den Ablauf der Fahrten bestimmt, auch die regelmäßige Beförderung bestimmter Kategorien von Personen unter Ausschluß anderer Fahrgäste, soweit die Merkmale des Linienverkehrs nach Absatz 1 gegeben sind. Diese Beförderungen, insbesondere die Beförderung von Arbeitnehmern zur Arbeitsstelle und von dort zu ihrer Wohnung, werden als "Sonderformen des Linienverkehrs" bezeichnet.

(3) Linienverkehre im Wechsel- oder Transitverkehr bedürfen der Genehmigung der zuständigen Behörden beider Vertragsparteien. Die Genehmigung wird im gegenseitigen Einvernehmen nach Maßgabe des geltenden Rechts der jeweiligen Vertragspartei erteilt. Die Genehmigung kann für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren erteilt werden.

(4) Änderungen des Linienverlaufs, der Haltestellen, der Fahrpläne, der Beförderungsentgelte und -bedingungen bedürfen der vorherigen Zustimmung der zuständigen Behörden beider Vertragsparteien. Das gleiche gilt für die Einstellung des Betriebs.

(5) Anträge auf Einrichtung eines Linienverkehrs sowie Anträge gemäß Absatz 4 sind bei der zuständigen Behörde der Vertragspartei einzureichen, in deren Hoheitsgebiet das Unternehmen seinen Betriebssitz hat. Die Anträge sind mit einer Stellungnahme der einen Vertragspartei unmittelbar an die andere Vertragspartei zu übersenden.

(6) Die Anträge nach den Absätzen 4 und 5 müssen insbesondere folgende Angaben enthalten:

1. Name und Vorname oder Firma sowie vollständige Anschrift des antragstellenden Unternehmens;
2. Art des Verkehrs;
3. Beantragte Genehmigungsdauer;
4. Betriebszeitraum und Zahl der Fahrten (z. B. täglich, wöchentlich);
5. Fahrplan;
6. Genaue Linienführung (Haltestellen zum Aufnehmen und Absetzen der Fahrgäste/andere Haltestellen/Grenzübergangsstellen);
7. Länge der Linie in Kilometern: Hinfahrt/Rückfahrt;
8. Länge der Tagesfahrtstrecke;
9. Lenk- und Ruhezeiten der Fahrer;
10. Zahl der Sitzplätze der einzusetzenden Kraftomnibusse;
11. Beförderungsentgelte und -bedingungen (Tafel).

Artikel 4

(1) Pendelverkehr ist der Verkehrsdienst, bei dem vorab gebildete Gruppen von Fahrgästen bei mehreren Hin- und Rückfahrten von demselben Ausgangsgebiet zu demselben Zielgebiet befördert werden. Diese Gruppen, die aus Fahrgästen bestehen, die die Hinfahrt zurückgelegt haben, werden bei einer späteren Fahrt zum Aus-

gangsort zurückgebracht. Unter Ausgangsgebiet und Zielgebiet sind der Ort des Reiseantritts und der Ort des Reiseziels sowie die in einem Umkreis von 50 km gelegenen Orte zu verstehen. Neben der Beförderungsleistung muß die Unterkunft der Reisegruppe mit oder ohne Verpflegung am Zielort und gegebenenfalls während der Reise eingeschlossen sein. Die erste Rückfahrt und die letzte Hinfahrt in der Reihe der Pendelfahrten müssen Leerfahrten sein.

(2) Die Zuordnung eines Verkehrsdienstes zum Pendelverkehr wird nicht dadurch berührt, daß mit Zustimmung der zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei oder der betreffenden Vertragsparteien Reisende abweichend von Absatz 1 die Rückfahrt mit einer anderen Gruppe vornehmen.

(3) Pendelverkehre bedürfen im Einzelfall der Genehmigung der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei. Der Antrag auf Erteilung einer Genehmigung ist unmittelbar an die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei zu richten. Er soll sechzig Tage vor Aufnahme des Verkehrs gestellt werden.

(4) Anträge auf Genehmigung eines Pendelverkehrs nach Absatz 3 müssen außer den Angaben nach Artikel 3 Absatz 6 noch die Reisedaten, Zahl der Fahrten und die Angaben über Ort und Hotels oder sonstige Einrichtungen, in denen die Fahrgäste während ihres Aufenthalts untergebracht werden sollen, sowie über die Dauer des Aufenthalts enthalten.

(5) Grundsätze über das Genehmigungsverfahren bei Pendelverkehren, Genehmigungsvordrucke und zuständige Behörden werden die Vertragsparteien erforderlichenfalls vereinbaren.

(6) Bei Pendelverkehren im Sinne des Absatzes 1 führen die Unternehmen eine Fahrgastliste mit, die bei der Einreise in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei von dessen Grenzbehörden abzustempeln ist.

Artikel 5

(1) Gelegenheitsverkehr ist der Verkehr, der nicht Linienverkehr im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 und auch nicht Pendelverkehr im Sinne von Artikel 4 ist.

(2) Gelegenheitsverkehre im Wechsel- oder Transitverkehr bedürfen keiner Genehmigung, wenn es sich handelt

- a) um Fahrten, die mit einem Kraftfahrzeug durchgeführt werden, das auf der gesamten Fahrstrecke die gleiche Reisegruppe befördert und sie an den Ausgangsort zurückbringt (Rundfahrten mit geschlossenen Türen),

oder

- b) um Verkehre, bei denen zur Hinfahrt Fahrgäste aufgenommen werden und bei denen die Rückfahrt eine Leerfahrt ist (Leerrückfahrten),

oder

- c) um Leereinfahrten, um eine Reisegruppe, die zuvor von demselben Unternehmen mit einem Verkehr nach Buchstabe b befördert worden ist, wieder aufzunehmen und an den Ausgangsort zurückzubringen.

(3) Bei Gelegenheitsverkehren dürfen unterwegs Fahrgäste weder aufgenommen noch abgesetzt werden, es sei denn, daß die zuständige Behörde der betreffenden Vertragspartei dies gestattet.

(4) Gelegenheitsverkehre, die nicht den Bestimmungen des Absatzes 2 entsprechen, bedürfen in jedem Fall der Genehmigung der zuständigen Behörde der jeweils anderen Vertragspartei. Der Antrag auf Erteilung einer Genehmigung ist unmittelbar an die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei zu richten. Er soll mindestens vier Wochen vor Aufnahme des Verkehrs gestellt werden.

(5) Die Anträge nach Absatz 4 müssen insbesondere folgende Angabe enthalten:

1. Name und Vorname oder Firma sowie vollständige Anschrift des Unternehmens sowie gegebenenfalls des Reiseveranstalters, der den Beförderungsauftrag erteilt hat;
2. Staat, in dem die Reisegruppe gebildet wird;
3. Ausgangs- und Zielort der Fahrt;
4. Fahrtstrecke mit Grenzübergangsstellen;
5. Daten der Hin- und Rückfahrt;
6. Lenk- und Ruhezeiten der Fahrer;
7. Amtliche Kennzeichen und Zahl der Sitzplätze der einzusetzenden Kraftomnibusse.

(6) Als Kontrolldokument für genehmigungsfreie Gelegenheitsverkehre nach Absatz 2 verwenden Unternehmer mit Sitz in der Republik Litauen das Fahrtenblatt gemäß Anlage 1 und Unternehmer mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland das Fahrtenblatt gemäß Anlage 2. Das Fahrtenblatt ist vor Beginn der Fahrt vollständig auszufüllen.

Artikel 6

(1) Nach Artikel 3 Absatz 3, Artikel 4 Absatz 3, Artikel 5 Absätze 3 und 4 erteilte Genehmigungen dürfen nur von dem Unternehmen genutzt werden, dem sie erteilt werden. Sie dürfen weder auf ein anderes Unternehmen übertragen werden noch, im Falle des Gelegenheitsverkehrs, für andere Kraftfahrzeuge als in der Genehmigung angegeben werden.

(2) Die nach dieser Vereinbarung erforderlichen Genehmigungen, Kontrolldokumente oder sonstige Beförderungspapiere sind bei allen in dieser Vereinbarung geregelten Fahrten im Fahrzeug mitzuführen und auf Verlangen den Vertretern der zuständigen Kontrollbehörden vorzuweisen.

Güterverkehr

Artikel 7

Unternehmer des Güterkraftverkehrs bedürfen für Beförderungen zwischen dem Staat, in dem das verwendete Kraftfahrzeug zugelassen ist, und dem anderen Staat (Wechselverkehr) sowie im Transitverkehr durch das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei einer Genehmigung dieser Vertragspartei.

Artikel 8

- (1) Die Genehmigung wird dem Unternehmer erteilt. Sie gilt nur für ihn selbst und ist nicht übertragbar.
- (2) Eine Genehmigung ist erforderlich für jedes Lastkraftfahrzeug und für jede Zugmaschine. Sie gilt zugleich für den mitgeführten Anhänger oder Sattelanhänger unabhängig vom Ort seiner Zulassung.
- (3) Eine Genehmigung gilt im Wechsel- und Transitverkehr für eine beliebige Anzahl von Fahrten während der in ihr bestimmten Zeit (Zeitgenehmigung) oder für jeweils eine oder mehrere Hin- und Rückfahrten in dem in der Genehmigung angegebenen Zeitraum (Fahrtdgenehmigung).
- (4) Beförderungen zwischen dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei und einem dritten Staat sind nur zulässig, wenn hierfür Genehmigungen erteilt werden.
- (5) Die Genehmigungen berechtigen nicht, Beförderungen von Gütern zwischen zwei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei liegenden Orten durchzuführen.
- (6) Für den nach dieser Vereinbarung vorgesehenen Güterverkehr sind Frachtpapiere erforderlich, deren Form dem international üblichen Muster entsprechen muß.

Artikel 9

- (1) Einer Genehmigung bedarf nicht die Beförderung von:
1. Gegenständen oder Material ausschließlich zur Werbung oder Unterrichtung im Wechselverkehr (z. B. Messe- und Ausstellungsgut);
 2. Geräten und Zubehör zu oder von Theater-, Musik-, Film-, Sport- und Zirkusveranstaltungen sowie zu oder von Rundfunk-, Film- oder Fernsehaufnahmen im Wechselverkehr;
 3. beschädigten Fahrzeugen (Rückführungen);
 4. Leichen;

5. Gütern mit Kraftfahrzeugen, deren zulässiges Gesamtgewicht, einschließlich des Gesamtgewichts der Anhänger, 6 t oder deren zulässige Nutzlast, einschließlich der Nutzlast der Anhänger, 3,5 t nicht übersteigt;
6. Medikamente, medizinische Geräte und Ausrüstungen sowie andere zur Hilfeleistung in dringenden Notfällen (insbesondere bei Naturkatastrophen) bestimmte Güter.

(2) Die Gemischte Kommission nach Artikel 14 kann weitere Beförderungen von der Genehmigungspflicht ausnehmen.

Artikel 10

(1) Die für Unternehmer der Republik Litauen erforderlichen Genehmigungen werden durch den Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland erteilt und vom Ministerium für Verkehr der Republik Litauen oder den von ihm beauftragten Behörden ausgegeben.

(2) Die für Unternehmer der Bundesrepublik Deutschland erforderlichen Genehmigungen werden durch das Ministerium für Verkehr der Republik Litauen erteilt und von dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland oder von den von ihm beauftragten Behörden ausgegeben.

Artikel 11

(1) Die Gemischte Kommission nach Artikel 14 dieser Vereinbarung vereinbart unter Berücksichtigung des Außenhandels und des Transitverkehrs die erforderliche Anzahl der für jede Vertragspartei jährlich zur Verfügung stehenden Genehmigungen.

(2) Die vereinbarte Anzahl der Genehmigungen kann im Bedarfsfall nach Maßgabe des Artikels 14 dieser Vereinbarung geändert werden.

(3) Inhalt und Form der Genehmigungen werden von der Gemischten Kommission nach Artikel 14 dieser Vereinbarung vereinbart.

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 12

Wenn Gewicht oder Abmessungen des Fahrzeugs oder der Ladung die im Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei zulässigen Grenzwerte überschreiten, ist eine Ausnahmegenehmigung der zuständigen Behörde dieser Vertragspartei erforderlich.

Artikel 13

(1) Die Unternehmer sind verpflichtet, die auf seiten der anderen Vertragspartei geltenden Bestimmungen des Verkehrs- und Kraftfahrzeugrechts sowie die jeweils geltenden Zollbestimmungen einzuhalten.

(2) Bei schweren oder wiederholten Zuwiderhandlungen eines Unternehmers und seines Fahrpersonals gegen das auf seiten der anderen Vertragspartei geltende Recht und gegen die Bestimmungen dieser Vereinbarung treffen die zuständigen Behörden der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Kraftfahrzeug zugelassen ist auf Ersuchen der zuständigen Behörde der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Zuwiderhandlung begangen wurde, eine der folgenden Maßnahmen:

- a) Aufforderungen an den verantwortlichen Unternehmer, die geltenden Vorschriften einzuhalten (Verwarnung);
- b) vorübergehender Ausschluß vom Verkehr;
- c) Einstellung der Ausgabe von Genehmigungen an den verantwortlichen Unternehmer oder Entzug einer bereits erteilten Genehmigung für den Zeitraum, für den die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei den Unternehmer vom Verkehr ausgeschlossen hat.

(3) Die Maßnahme nach Buchstabe b kann auch unmittelbar von der zuständigen Behörde der Vertragspartei ergriffen werden, in deren Hoheitsgebiet die Zuwiderhandlung begangen worden ist.

(4) Die zuständigen Behörden beider Vertragsparteien unterrichten einander nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts hinsichtlich der Übermittlung personenbezogener Daten über die getroffenen Maßnahmen.

Artikel 14

Vertreter der Vertragsparteien richten eine Gemischte Kommission ein; sie tritt auf Ersuchen einer Vertragspartei zusammen, um die ordnungsgemäße Durchführung dieser Vereinbarung zu gewährleisten. Falls erforderlich, erarbeitet die Gemischte Kommission unter Beteiligung anderer zuständiger Stellen Vorschläge zur Anpassung dieser Vereinbarung an die Verkehrsentwicklung sowie an geänderte Rechtsvorschriften.

Artikel 15

Die Vertragsparteien teilen sich gegenseitig die zuständigen Behörden nach den Artikeln 2, 4, 5, 10, 12 und 13 dieser Vereinbarung mit.

Artikel 16

Die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aus ihren sonstigen völkerrechtlichen Verpflichtungen, darunter die Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus der Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft, werden durch diese Vereinbarung nicht berührt.

Artikel 17

- (1) Diese Vereinbarung tritt einen Monat nach Unterzeichnung in Kraft.
- (2) Sie wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Sie kann von jeder Vertragspartei schriftlich gekündigt werden. In diesem Fall tritt die Vereinbarung sechs Monate nach Eingang der Kündigung bei der anderen Vertragspartei außer Kraft.

Geschehen zu *Vilnius* am *22. Oktober 1992*

in zwei Urschriften, jede in deutscher und litauischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Der Botschafter der Bundesrepublik
Deutschland:



Für den Bundesminister
für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland:



Für das Ministerium für Verkehr
der Republik Litauen:



ANLAGE I

LIETUVOS RESPUBLIKA
-LT-

ABONENTO NR.

KELIONĖS LAPAS

	<input type="text"/>		<input type="text"/>
		<hr/> <hr/> <hr/>	
		1 <hr/>	
		2 <hr/>	
		3 <hr/>	

PASLAUGOS RĖŠIS (PADETI KRYŽELI, ATITINKAMAME LANGELYJE IR IŠRAŠYI REIKIAMA PAPILDOMA INFORMACIJA)

A		B	
KELIONE, TĖM TUŠČIOMIS, SIEKIANT PĖRVEŽTI KELEIVIUS Į VALSTYBĖ, KUR AUTOMOBILIS REGISTRUOTAS		KELEIVIAI BUVO:	
C  ⊕ = ----- ⊙ = -----		C2 ANKŠČIAU TO PATIES VEŽEJO PUNKTO "B" SĄLYGOMIS ATVEŽTI Į ŠALĮ, IŠ KURIOS BŪS PARVEŽTI IŠANKSTINĖS KELIONĖS LAPAS (SU KELEIVIAIS IR ATGAL TUŠČIOMIS) PRIDEDAMAS	

D RITOS VIENKARTINĖS (PISITIKTINĖS) PASLAUGOS

- REIKALAUJAMAS LEIDIMAS PRIDEDAMAS

- LEIDIMAS NEREIKALAUJAMAS SUTINKAMAI SU

KELIONĖS PROGRAMA	KASDIENINIAI ETAPAI			
	DATOS	IS	Į	 Km  Km 

6	1	22	43			
	2	23	44			
	3	24	45			
	4	25	46			
	5	26	47			
	6	27	48			
	7	28	49			
	8	29	50			
	9	30	51			
	10	31	52			
	11	32	53			
	12	33	54			
	13	34	55			
	14	35	56			
	15	36	57			
	16	37	58			
	17	38	59			
	18	39	60			
	19	40	61			
	20	41	62			
	21	42	63			
7	Ausstellungsdatum		Unterschrift des Verkehrsmittelmehmers			
	Unvorgesehene Änderungen					
9	Ehrwürdige					
	Schwermetalle					

[LITHUANIAN TEXT — TEXTE LITUANIEN]

VOKIETIJOS FEDERACINĖS RESPUBLIKOS SUSISIEKIMO MINISTRO IR LIETUVOS RESPUBLIKOS SUSISIEKIMO MINISTERIJOS SUSITARIMAS DĖL TARPTAURINIŲ KELEIVIŲ IR KROVINIŲ VEŽIOJIMŲ AUTOMOBILIŲ KELIAIS

vokietijos Federacinės Respublikos Susisieikimo ministras
ir
Lietuvos Respublikos Susisieikimo ministerija

siekdami sureguliuoti ir plėtoti tarptautinius keleivių ir krovinių vežiojimus s u s i t a r ė:

1 straipsnis

Šis Susitarimas taikomas keleivių ir krovinių vežiojimams autotransporto priemonėmis tarp Vokietijos Federacinės Respublikos ir Lietuvos Respublikos bei tranzitiniams vežiojimams per abi valstybes, kuriuos vykdo šių Susitariančių Šalių vežėjai, turintys teisę atlikti šiuos vežiojimus savo šalies teritorijoje.

Keleivių vežiojimai

2 straipsnis

(1) Sutinkamai su šiuo Susitarimu keleivių vežiojimas yra asmenų ir jų bagažo vežimas keleivinėmis autotransporto priemonėmis keleivio ar trečiojo asmens sąskaita. Tai galioja taip pat tuščiom kelionėm, kurios susijusios su šiomis paslaugomis.

(2) "Keleivinė autotransporto priemonė" reiškia tokią vairuojamą transporto priemonę, kuri pagaminta ir įrengta vežti daugiau nei 9 keleivius, įskaitant vairuotoją.

3 straipsnis

(1) "Reguliarūs reisai" yra nuolatinis keleivių vežiojimas iš anksto nustatytu maršrutu su iš anksto patvirtintais ir paskelbtais tvarkaraščiais, tarifais ir sąlygomis, pagal kurias numatytuose sustojimo punktuose keleiviai bus įlaipinami ir išlaipinami. Tai galioja taip pat transportui, kuris iš esmės dirba kaip reguliarus.

(2) Pagal šį Susitarimą, nepriklausomai nuo to, kas nustato kelionių eigą, "reguliarūs reisai" reiškia taip pat ir reguliarius tam tikrų kategorijų asmenų vežiojimus be kitų keleivių, jei toks vežiojimas atitinka šio straipsnio 1 punkte nurodytus reguliarių reisų požymius. Šie vežiojimai, ir pirmiausia, darbuotojų vežiojimai į darbą ir iš darbo į namus, yra vadinami "ypatinga reguliarių vežiojimų forma".

(3) Reguliariems reisams tarp abiejų Susitariančių Šalių arba tranzitu per jų teritorijas reikia abiejų Susitariančių Šalių kompetentingų įstaigų leidimo. Abiems pusėms susitarus, leidimas išduodamas pagal kiekvienoje Šalyje galiojančią tvarką. Leidimą galima išduoti laikotarpiui iki 5 metų.

(4) Maršruto, stotelių, tvarkaraščių, tarifų ir kitų vežiojimo sąlygų pakeitimams reikalingas išankstinis abiejų Susitariančių Šalių kompetentingų įstaigų sutikimas. Tas pats galioja ir reisų nutraukimui.

(5) Paraiškos dėl reguliaraus vežiojimo maršruto atidarymo ir pasiūlymai dėl maršruto pakeitimo pagal šio straipsnio 4 punktą yra pateikiamos kompetentingai įstaigai Šalies, kurios teritorijoje yra vežėjo buveinė. Vienos Susitariančios Šalies pasiūlymai su Susisieikimo ministerijos pozicija yra tuoj pat persiunčiami kitai Susitariančiai Šaliai.

(6) Paraiškose pagal 4 ir 5 punktus turi būti šie duomenys:

1. Vardas, pavardė arba įmonės pavadinimas, o taip pat paraišką pateikusiųsios įmonės pilnas adresas;
2. Vežiojimų pobūdis;
3. Pageidaujama leidimo vežiojimams trukmė;
4. Eksploatavimo trukmė ir reisų skaičius (pvz. kasdien, kas savaitę);
5. Tvarkaraštis;
6. Tikslus maršrutas (sustojimai, kur išlaipinami ir įlaipinami keleiviai / kiti sustojimai / pasienio punktai);
7. Maršruto linija kilometrais: kelionė ten ir atgal;
8. Dienos maršruto atkarpos ilgis;
9. Vairuotojo vairavimo ir poilsio laikas;
10. Keleivinės autotransporto priemonės sėdimų vietų skaičius;
11. Apmokėjimas už pervežimą ir jo sąlygos (tarifai).

4 straipsnis

(1) Švytuokliniai vežiojimai yra tokios paslaugos, kai sudarytos keleivių grupės daug kartų vežamos "ten" ir "atgal", t.y. kai vykstama iš to paties išvykimo punkto ir į tą patį galutinį punktą. Sudarytos keleivių grupės yra nuvežamos, o vėliau yra parvežamos į pradinį punktą. Maršruto pradinis ir galutinis punktas suprantamas kaip kelionės pradžios ir kelionės pabaigos punktai, o taip pat vežiojimai 50 km spinduliu. Be vežiojimo paslaugų reikia numatyti nakvynę keleivių grupei su ar be maitinimo galutiniame punkte ir, gal būt, kelionės metu. Švytuokliniuose vežiojimuose pirmojo grįžtamojo ir paskutiniojo nuvykimo reiso metu keleivinė autotransporto priemonė turi būti tuščia.

(2) Vežiojimų paslaugos taip pat priskiriamos švytuokliniams vežiojimams, jei, sutikus Susitariančiaiai Šaliai arba abiem Susitariančioms Šalims, keleiviai, nukrypstant nuo šio straipsnio 1 punkto, grįžta su kita grupe.

(3) Kiekvienam švytuokliniam vežiojimui reikalingas atskiras kitos Susitariančios Šalies kompetentingos įstaigos leidimas. Prašymas leidimui išduoti turi būti adresuojamas tiesiai kitos Susitariančios Šalies kompetentingai įstaigai. Jis turi pateiktas 60 dienų prieš atidarant šiuos reisus.

(4) Paraiškoje dėl leidimo švytuokliniams vežiojimams pagal šio straipsnio 3 punktą, privalo būti ne tik 3 straipsnio 6 punkte reikalaujami duomenys, bet ir kelionių datos, kelionių skaičius ir informacija apie vietas, viešbučius ar kitas įstaigas, kur keleiviai viešnagės metu galėtų pailsėti, o taip pat viešnagės trukmė.

(5) Dėl leidimų švytuokliniams vežiojimams išdavimo procedūros, leidimų formos ir už tai atsakingų įstaigų paskelbimo, esant reikalui, susitars Susitariančios Šalys.

(6) Vykdamas švytuoklinius vežiojimus pagal šio straipsnio 1 punktą turi būti vežamas keleivių sąrašas, kuris, įvažiuojant į kitos Susitariančios Šalies teritoriją, yra antspauduojamas jos pasienio tarnybos poste.

5 straipsnis

(1) Vienkartinis vežimas, tai toks susisiekimasis, kuris 3 straipsnio 1 punkto prasme nėra reguliarus ir taip pat 4 straipsnio prasme nėra švytuoklinis.

(2) Vienkartiniam vežimui tarp Susitariančių Šalių ar tranzitu per jų teritorijas nereikia leidimo, jeigu:

a) vežimas vykdomas vienu automobiliu, kuriuo visu kelionės maršrutu vežama ta pati keleivių grupė ir ji parvežama į pradinį punktą (kelionės uždaromis durimis); arba

b) vežimo eigoje keleiviai nuvežami, o grįžtama be keleivių (tuščia grįžimo kelionė); arba

c) vykdomi tušti reisai, kai vykstama į išvykimo punktą parvežti keleivių grupę, kuri prieš tai buvo nuvežta tos pačios transporto įmonės pagal b) papunkčio sąlygas.

(3) Vienkartiniuose vežimuose pakeliui negalima keleivių nei priimti, nei išlaipinti, nebent, jei tai leistų Susitariančios šalies kompetentinga įstaiga.

(4) Vienkartiniam vežimui, neatitinkančiam 2 punkto sąlygų, kiekvienu atveju reikia gauti kitos Susitariančios šalies kompetentingos įstaigos leidimą. Paraiška išduoti leidimą yra nukreipiama tiesiogiai kitos Susitariančios šalies kompetentingai įstaigai. Ji turi būti pateikta ne vėliau kaip 4 savaitės iki reiso pradžios.

(5) Paraiškose pagal šio straipsnio 4 punktą turi būti šie duomenys:

1. Vardas, pavardė arba įmonė, taip pat pilnas transporto įmonės ar kelionės organizatoriaus, pateikusio paraišką, adresas;

2. Valstybė, kurioje sudaroma keleivių grupė;

3. Kelionės pradinis ir galutinis punktai;

4. Kelionės maršrutas su pasienio punktais;

5. Nuvykimui ir grįžimo datos;

6. Vairuotojo vairavimo ir poilsio laikas;

7. Autobuso valstybiniai numeriai ir sėdimų vietų skaičius.

(6) Kaip kontrolinį dokumentą vienkartiniam vežimui be leidimo, kaip numatyta šio straipsnio 2 punkte, vežėjas, kurio būstinė yra Vokietijos Federacinėje Respublikoje naudoja kelionės lapą pagal 2 priedą, o vežėjas, kurio būstinė yra Lietuvos Respublikoje - pagal 1 priedą. Kelionės lapas pilnai užpildomas prieš kelionę.

6 straipsnis

(1) Leidimais, išduotais pagal 3 straipsnio 3 punktą, 4 straipsnio 3 punktą, 5 straipsnio 3, 4 punktus gali naudotis tik tie vežėjai, kuriems jie išduoti. Jų negalima perduoti nei kitam vežėjui, nei, vienkartinio vežimo atveju, kitam automobiliui, negu įrašyta leidime.

(2) Leidimai, kontroliniai ir kiti dokumentai, kurie būtini pagal šio Susitarimo reikalavimus, turi būti transporto priemonėje, vykdančioje visus numatytus šiuo Susitarimu vežiojimus, ir, pareikalavus, pateikiami kompetentingų kontroliuojančių tarnybų atstovams.

Krovinių vežiojimas

7 straipsnis

Vežėjas, vykdamas krovinių vežiojimus tarp Susitariančios šalies, kurioje įregistruotas jo automobilis, ir kitos Susitariančios šalies (pasikeitimo vežiojimai), o taip pat tranzitu per kitos Susitariančios šalies teritoriją, privalo gauti tos Susitariančios šalies leidimą.

8 straipsnis

(1) Leidimas išduodamas vežėjui. Jis galioja tik jam ir yra neperduodamas.

(2) Leidimas reikalingas kiekvienam sunkvežimiui ir kiekvienam vilkikui. Jis galioja ir priekabai ar puspriekabei, nepriklausomai nuo jos registracijos vietos.

(3) Leidimas galioja neribotam kelionių skaičiui, per nustatytą laiko tarpą (leidimas tam tikram laikui) krovinių vežiojimams tarp Susitariančių šalių ar tranzitu per jų teritorijas arba vienam ar keliems nuvykimo ir grįžimo reisams, per leidime numatytą laikotarpį (leidimas reisams).

(4) Vežiojimai tarp kitos Susitariančios šalies ir trečios šalies galimi, tik gavus tam leidimus.

(5) Leidimai neduoda teisės vežti krovninius tarp dviejų vietovių esančių kitos Susitariančios šalies teritorijoje.

(6) Šiuo Susitarimu numatytiems krovinių vežiojimams reikalingi krovinių lydraščiai, kurių forma privalo atitikti įprastą tarptautinį pavyzdį.

9 straipsnis

(1) Leidimo nereikia šiems vežiojimams:

1. Daiktų arba medžiagų, skirtų tik reklamai arba informacijai (pvz.: mugių, parodų eksponatai);
2. Teatro, muzikos, kino, sporto ir cirko bei jų renginių, taip pat radijo, kino bei televizijos įrašų įrangos ir rekvizitų;
3. Sugedusių automobilių pargabenimui;
4. Mirusiųjų palaikų;
5. Krovininiais automobiliais, kurių leidžiamas bendras svoris, įskaitant ir bendrą priekabos svorį, neviršija 6 t arba, kurių leidžiamas naudingas krovinio svoris, įskaitant naudingą priekabos svorį, neviršija 3,5 t.
6. Vaistų, medicinos prietaisų ir įrengimų, o taip pat humanitarinės pagalbos nelaimės atvejais (ypač stichinių nelaimių atvejais).

(2) Mišri komisija pagal 14 straipsnį gali padaryti išimtis ir kitos rūšies vežiojimams.

10 straipsnis

(1) Leidimus Lietuvos Respublikos vežėjams išduoda Vokietijos Federacinės Respublikos Susisieikimo ministras, o Lietuvos Respublikos kompetentingos įstaigos juos išdalina.

(2) Vokietijos Federacinės Respublikos vežėjams skirtus leidimus išduoda Lietuvos Respublikos Susisieikimo ministerija, o Vokietijos Federacinės Respublikos Susisieikimo ministras ar kita jo įgaliota įstaiga juos išdalina.

11 straipsnis

(1) Pagal šio Susitarimo 14 straipsnį sudaryta Mišri komisija, atsižvelgdama į užsienio prekybos ir tranzitinių vežiojimų apimtį, susitaria dėl kasmet kiekvienai Susitariančiai šaliai skiriamų leidimų skaičiaus.

(2) Sutartas leidimų kiekis, esant poreikiui, pagal šio susitarimo 14 straipsnį, gali būti pakeistas.

(3) Dėl leidimų turinio ir formos sutaria Mišri komisija pagal šio Susitarimo 14 straipsnį.

Bendros taisyklės

12 straipsnis

Kai transporto priemonių su kroviniu ar be jo svoris ar gabaritai viršija kitos Susitariančios Šalies teritorijoje nustatytas normas, vežėjas privalo gauti specialų tos Susitariančios Šalies kompetentingos įstaigos leidimą.

13 straipsnis

(1) Vežėjas privalo laikytis kitoje Susitariančioje Šalyje galiojančių kelių eismo bei muitinės taisyklių.

(2) Vežėjui ir jo transporto priemonės ekipažui grubiai arba pakartotinai pažeidus kitos Susitariančios Šalies teritorijoje galiojančius įstatymus ar šio Susitarimo nuostatas, Susitariančios Šalies, kurios teritorijoje įvykdytas pažeidimas, kompetentinga įstaiga gali kreiptis į kitos Susitariančios Šalies, kurios teritorijoje registruota transporto priemonė, kompetentingą įstaigą reikalaudami imtis vienos iš šių nuobaudų:

- a) vežėjo perspėjimo laikytis galiojančių taisyklių;
- b) laikino uždraudimo vykdyti vežiojimus;
- c) leidimų išdavimo vežėjui sustabdymo arba tik išduoto leidimo atėmimo laikotarpiui, kuriam kitos Susitariančios Šalies kompetentinga įstaiga atėmė leidimą vežiojimams.

(3) Nuobaudas, numatytas šio straipsnio "b" punkte gali betarpiškai taikyti tos Susitariančios Šalies, kurios teritorijoje įvyko pažeidimas, kompetentinga įstaiga.

(4) Abiejų valstybių kompetentingos įstaigos informuoja viena kitą apie paskirtas nuobaudas pagal valstybėje galiojančius įstatymus, nurodant baudžiamų asmenų duomenis.

14 straipsnis

Susitariančių Šalių atstovai sudarys Mišrią komisiją. Ji vienos iš Šalių prašymu rinksis į posėdžius, kad užtikrintų tinkamą šio Susitarimo vykdymą. Jei reikia, Mišri komisija, dalyvaujant kitoms kompetentingoms tarnyboms, rengia pasiūlymus dėl šio Susitarimo derinimo su vežiojimų raida ir įstatymų pakeitimais.

15 straipsnis

Susitariančios Šalys informuoja viena kitą apie kompetentingas įstaigas pagal šio Susitarimo 2, 4, 5, 10, 12 ir 13 straipsnius.

16 straipsnis

Šis Susitarimas netaikomas Susitariančių Šalių teisėms ir įsipareigojimams, reglamentuojamiems kituose tarptautinės teisės įsipareigojimuose, tame tarpe ir Vokietijos Federacinės Respublikos, kaip Europos Bendrijos narės, įsipareigojimuose.

17 straipsnis

(1) Šis Susitarimas įsigalioja po mėnesio nuo jo pasirašymo dienos.

(2) Šis Susitarimas pasirašomas neribotam laikotarpiui. Kiekviena Susitarianči Šalis gali jį nutraukti raštu. Tuo atveju, susitarimas nustoja galios praėjus 6 mėnesiams po to, kai kita susitariančioji Šalis gavo pranešimą apie Susitarimo nutraukimą.

Pasirašyta.....*Vilniuje*.....1992m..*spalis*.....mėn..*22*...d.
dviem egzemplioriais vokiečių ir lietuvių kalba, abiem tekstams turint vienodą galią.

Vokietijos Federacinės Respublikos
ambasadorius:



Vokietijos Federacinės Respublikos
Susisiekimo Ministro vardu:

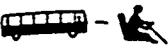


Lietuvos Respublikos
Susisiekimo Ministerijos vardu:



2 PRIEDAS

Fahrtenblatt

1																																																																															
2		<hr/> <hr/> <hr/>																																																																													
3		1 <hr/> 2 <hr/> 3 <hr/>																																																																													
Art des Verkehrsnetzes (die entsprechenden Kästchen ankreuzen und die geforderten zusätzlichen Angaben machen)																																																																															
A		B																																																																													
Leertourfahrt, um eine Gruppe von Fahrgästen aufzunehmen und sie in das Zulassungsland des Fahrzeugs zu bringen		Die Fahrgäste wurden:																																																																													
4	C	C2																																																																													
Leertourfahrt, um eine Gruppe von Fahrgästen aufzunehmen und sie in das Zulassungsland des Fahrzeugs zu bringen		vorher von demselben Verkehrsunternehmen bei einem Verkehrsamt nach B in das Land gebracht, in dem sie erfinder aufgenommen worden. Das Fahrtenblatt der vorhergehenden Besetzung Minifahrt und Leertourfahrt ist beigefügt.																																																																													
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 15%;">Programm der Fahrt</th> <th colspan="4" style="text-align: center;">Tagesstreckenangaben</th> </tr> <tr> <th style="text-align: center;">Orten</th> <th style="text-align: center;">von</th> <th style="text-align: center;">bis</th> <th style="text-align: center;"></th> <th style="text-align: center;"></th> <th style="text-align: center;"></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td colspan="2" style="text-align: center;">→</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr><td> </td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr> <td></td> <td colspan="2" style="text-align: center;">Insgesamt</td> <td style="text-align: center;">-</td> <td style="text-align: center;">-</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>			Programm der Fahrt	Tagesstreckenangaben				Orten	von	bis					→																																																												Insgesamt		-	-	
Programm der Fahrt	Tagesstreckenangaben																																																																														
Orten	von	bis																																																																													
	→																																																																														
	Insgesamt		-	-																																																																											

		22	43
2		23	44
3		24	45
4		25	46
5		26	47
6		27	48
		28	49
		29	50
		30	51
10		31	52
11		32	53
12		33	54
13		34	55
14		35	56
15		36	57
16		37	58
17		38	59
18		39	60
19		40	61
20		41	62
21		42	63
7	Ausstellungsdatum	Unterschrift des Verkehrsunternehmens	
8	Unvorhergesehene Änderungen		
9	Einige Sicherheiten		

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL
REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE
REPUBLIC OF LITHUANIA CONCERNING TRANSFRONTIER
TRANSPORT OF PERSONS AND GOODS BY ROAD

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Lithuania,

Desiring to regulate and encourage the transfrontier transport of passengers and goods by road,

Have agreed as follows:

Article 1

This Agreement regulates, within the bounds of the applicable national laws, the carriage of passengers and goods in transfrontier road transport between the Federal Republic of Germany and the Republic of Lithuania, and in transit through those States, by carriers who are entitled to perform such carriage in the territory of their own State. Transfrontier carriage operations shall pass through the frontier crossing points stipulated by the Contracting Party concerned.

PASSENGER TRANSPORT

Article 2

(1) For the purposes of this Agreement, passenger transport shall be the carriage of passengers and their luggage by motor coaches for own or third-party account, and by passenger vehicles for third-party account (such as taxis and hired cars), and shall also cover journeys made unladen in connection with such transport services.

(2) Motor coaches shall be those motor vehicles which, by their design and equipment, are suitable and intended to carry more than nine persons (including the driver). Passenger vehicles shall be those motor vehicles which, by their design and equipment, are suitable and intended to carry not more than nine persons (including the driver).

Article 3

(1) Regular line transport is the regular carriage of passengers along a specified route in accordance with timetables, fares and conditions laid down and published in advance, in which passengers can board and alight at stopping places stipulated in advance, and shall also cover transport operations that are performed like regular line transport.

(2) Provided that the characteristics of regular line transport in accordance with paragraph 1 are present, the regular carriage of certain categories of persons to the exclusion of other passengers shall also be considered as regular line transport

¹ Came into force on 22 November 1992, i.e., one month after signature, in accordance with article 19.

for the purposes of this Agreement, regardless of who determines the details of the journeys. Such carriage, in particular the carriage of workers to their place of work and back home, shall be designated as special forms of regular line transport.

(3) Regular line transport operations which involve bilateral or transit transport shall require the authorization of the competent authorities of the two Contracting Parties. The authorization shall be granted by mutual agreement in accordance with the applicable law of the Contracting Party concerned, and may be granted for up to five years.

(4) Changes in the route, the stopping points, the timetables, the fares and the conditions shall require the prior authorization of the competent authorities of both Contracting Parties, as shall a suspension of operations.

(5) Applications to establish a regular line transport operation and applications in accordance with paragraph 4 shall be submitted to the competent authority of the Contracting Party in whose territory the carrier has his business headquarters. The applications shall be transmitted together with an opinion of that Contracting Party directly to the other Contracting Party.

(6) The applications described in paragraphs 4 and 5 must contain the following information in particular:

1. Family name and first name, or company name, and complete address of the carrier making the application;
2. Type of transport;
3. Duration of authorization applied for;
4. Operating period and number of journeys (e.g., daily, weekly);
5. Timetable;
6. Precise details of the route (stopping places for picking up and setting down passengers/other stopping points/border-crossing points);
7. Length of the route in kilometres: outward journey/return;
8. Distance to be driven in one day;
9. Driving and rest times of the drivers;
10. Number of seats in the motor coaches to be used;
11. Fares and conditions of carriage (rates).

Article 4

(1) Shuttle transport is the transport service in which groups of passengers formed in advance are carried in several outward and return journeys from the same departure area to the same destination area. These groups, consisting of passengers who have already completed the outward journey, are brought back to their point of departure in a later journey. The departure area and destination area shall be considered to be the location where the journey starts and the location where it ends, as well as locations within a radius of 50 km thereof. In addition to the carriage, the accommodation of the group, including or excluding meals, must be included at the destination and, where appropriate, during the journey. The first return journey and the last outward journey in the series of shuttle journeys must be performed with the coach unladen.

(2) The classification of a transport operation as shuttle transport shall be unaffected by the fact that with the approval of the competent authorities of the Contracting Party concerned or of both Contracting Parties, notwithstanding paragraph 1, passengers may make the return journey with a different group.

(3) Shuttle transport operations require the authorization on an individual basis of the competent authority of the other Contracting Party. The application for issue of an authorization permit shall be addressed directly to the competent authority of the other Contracting Party, and must be made 60 days before transport begins.

(4) Applications for authorization of a shuttle transport operation as described in paragraph 3 must contain not only the information described in article 3, paragraph 6, but also the dates of the tour, the number of journeys and information on the location and hotels or other facilities in which the passengers will be accommodated during their stay, and also on the duration of the stay.

(5) Basic rules on the authorization procedure for shuttle transport operations, model authorization permits and the identity of the competent authorities shall be agreed within the Joint Committee established in accordance with article 14.

(6) In cases of shuttle transport operations as described in paragraph 1, the carriers shall bring with them a list of passengers, which shall be stamped by the border authorities of the other Contracting Party at the time of entry into the territory of that Party.

Article 5

(1) Occasional transport is that transport which is not regular line transport as described in article 3, paragraph 1, nor shuttle transport as described in article 4.

(2) Occasional transport operations involving bilateral or transit transport do not require authorization if they concern:

(a) Journeys performed with one and the same vehicle which carries the same group of passengers over the whole distance of the journey and takes them back to their place of departure (closed-door circular tours), or

(b) Trips in which passengers are taken on for the outward journey and the return trip is made unladen (return trip unladen), or

(c) Unladen trips to pick up a group of passengers which had previously been carried by the same carrier in the manner described in subparagraph (b), and to bring the group back to the place of departure.

(3) In occasional transport operations, passengers may neither be taken on nor set down en route, unless the competent authority of the Contracting Party concerned has authorized this.

(4) Occasional transport operations which do not fulfil the provisions of paragraph 2 require in every case the authorization of the competent authority of the other Contracting Party. The application for issue of an authorization must be sent via the competent authority of the Contracting Party in which the carrier has his headquarters to the competent authority of the other Contracting Party, and must be made at least four weeks before transport begins.

(5) The applications referred to in paragraph 4 must in particular contain the following information:

1. Family name and first name, or company name, and complete address of the carrier and, where appropriate, of the tour operator who has placed the order for carriage;

2. State in which the group of passengers is formed;
3. Place of departure and destination of the journey;
4. Section to be travelled with border-crossing points;
5. Dates of the outward and return journeys;
6. Working and resting periods of the drivers;
7. Registration numbers and number of seats in the motor coaches to be used.

(6) Control documents for occasional transport operations exempt from authorization shall be agreed within the Joint Committee established in accordance with article 14.

Article 6

(1) Authorization permits issued in accordance with article 3, paragraph 3, article 4, paragraph 3 and article 5, paragraphs 3 and 4 may be used only by the carrier to whom they were issued. They may not be transferred to another carrier nor, in the case of occasional transport, be used for vehicles other than those stated in the permit. In regular line transport operations, however, the carrier to whom the permit has been issued may make use of contract carriers. It is not necessary for the latter to be named in the permit, but they must carry with them an official copy of the permit and the contract concluded between the carriers, or a certified copy of the contract.

(2) The permits, control documents and other transport documents required under this Agreement are to be carried in the vehicle on all journeys covered by this Agreement, and are to be presented upon request to representatives of the competent control authorities. The control documents shall be filled in completely before the journey begins.

GOODS TRANSPORT

Article 7

For the carriage of commercial goods by road from the territory of the Contracting Party in which the vehicle used is registered into the territory of the other Contracting Party, and vice versa, and for transit carriage through the territory of the other Contracting Party, the carrier shall require an authorization from the competent authority of that Contracting Party for each carriage operation.

Article 8

(1) The authorization permit shall be issued to the carrier. It shall be valid only for that carrier, and is not transferable.

(2) A permit is required for every lorry and for every tractor unit, and shall also cover the trailer or semi-trailer being towed, regardless of where the latter is registered.

(3) A permit shall be valid either for any number of journeys within the time specified in it (time permit) or for one or more outward and return journeys within the period of time stated in it (journey permit).

(4) Carriage between the territory of the other Contracting Party and a third State in either direction shall be permitted only if the territory of the Contracting Party in which the vehicle is registered is transited on the customary route. Exceptions may be agreed, following examination of the need, within the Joint Committee established in accordance with article 14.

(5) The carriage of goods between two locations in the territory of the other Contracting Party shall not be permitted.

(6) Consignment documents are required for carriage under this Agreement, and the form of such documents shall be in accordance with the internationally customary pattern.

Article 9

(1) No permit shall be required for:

1. Carriage of objects or material exclusively for publicity or educational purposes, e.g. goods intended for fairs or exhibitions;

2. Carriage of equipment and accessories to or from theatrical, musical, film or sporting events or circuses, or to or from the making of radio or television broadcasts or films;

3. Return of damaged vehicles;

4. Transport of corpses;

5. Carriage of goods using vehicles of a permitted total weight, including the total weight of the trailers, not exceeding 6 t, or whose permissible payload, including the payload of the trailers, does not exceed 3.5 t;

6. Carriage of medicines, medical equipment and devices and other goods intended to provide aid in emergencies, in particular in the event of natural disasters.

(2) An authorization in accordance with article 7 shall not be required for works transport. In such cases, documents shall be carried demonstrating that the carriage operation is works transport.

(3) The Joint Committee established in accordance with article 14 may exempt other carriage operations from the requirement to have a permit.

Article 10

(1) The permits required for carriers from the Republic of Lithuania shall be issued by the Federal Ministry of Transport of the Federal Republic of Germany and delivered by the Ministry of Transport of the Republic of Lithuania or by the authorities instructed by it to do so.

(2) The permits required for carriers from the Federal Republic of Germany shall be issued by the Ministry of Transport of the Republic of Lithuania and delivered by the Federal Ministry of Transport of the Federal Republic of Germany or by the authorities instructed by it to do so.

Article 11

(1) The Joint Committee established in accordance with article 14 shall determine by agreement and on the basis of reciprocity the requisite number of permits to be made available to each Contracting Party every year, taking into account the scale of external trade and of transit carriage.

(2) The agreed number of permits may if necessary be altered in accordance with the provisions of article 14.

(3) The content and form of the permits shall be agreed within the Joint Committee established in accordance with article 14.

GENERAL PROVISIONS

Article 12

If the weight or dimensions of a vehicle from one Contracting Party, or of its load, exceed the limits permitted in the territory of the other Contracting Party, a special authorization from the competent authority of that Contracting Party shall be required.

Article 13

(1) Carriers shall, when in the territory of the other Contracting Party, comply with the valid provisions of the traffic and vehicle law of that other Party, and also with the provisions applicable to Customs, entry and stay in the territory.

(2) In the event of severe or repeated infringement of the laws in force in the territory of the other Contracting Party or of the provisions of the present Agreement by a carrier or his personnel, the competent authorities of the Contracting Party in whose territory the motor vehicle is registered shall, at the request of the competent authority of the Contracting Party in whose territory the infringement occurred, take one of the following measures:

(a) Issue of an instruction to the responsible carrier to observe the regulations in force (warning);

(b) Temporary exclusion from transport operations as defined under this Agreement;

(c) Suspension of the issue of permits to the responsible carrier or withdrawal of a permit already issued for the period of time for which the competent authority of the other Contracting Party has excluded the carrier from transport operations.

(3) The measure in subparagraph (b) may also be taken directly by the competent authority of the Contracting Party in whose territory the infringement was committed.

(4) The competent authorities of the Contracting Parties shall inform one another, in accordance with the provisions of article 15, of the measures taken.

Article 14

Representatives of the Contracting Parties shall establish a Joint Committee which shall meet at the request of one of the Contracting Parties in order to ensure the orderly implementation of this Agreement. If required, the Joint Committee shall prepare, with the participation of other competent bodies, proposals for adapting this Agreement to the developments in traffic and to changes in legislation.

Article 15

Where on the basis of this Agreement personal data are transmitted in accordance with national law, the following provisions shall apply, with the legal provisions applicable to either Contracting Party being observed:

(1) Use of the data by the recipient shall be permitted only for the purpose stated and only under the conditions prescribed by the transmitting authority.

(2) The recipient shall inform the transmitting authority upon request of the use made of the transmitted data and of the results achieved thereby.

(3) Personal data may be transmitted only to the competent authorities. Any onward transmission to other bodies may be undertaken only with the prior consent of the transmitting authority.

(4) The transmitting body shall be obliged to ensure that the data to be transmitted are accurate and that the transmission is necessary and proportionate to the purpose which it is intended to achieve. In this context, any prohibitions on such transmissions applicable under relevant national law shall be observed. If it becomes evident that incorrect data or data which should not have been transmitted have been transmitted, this fact shall be communicated to the recipient without delay, and the latter shall be obliged to correct or destroy the data.

(5) The information which is transmitted about a person and its intended use must be disclosed to that person upon request. The obligation to disclose information shall become void if on balance it is considered that the public interest in not disclosing the information outweighs the interest of the person concerned in receiving it. Additionally, the right of the individual concerned to disclosure of information shall be governed by the national law of the Contracting Party in whose territory the disclosure is requested.

(6) If the law applicable to the transmitting body lays down specific time limits for deletion of the personal data transmitted, the transmitting body shall draw the attention of the recipient thereto. Regardless of such dates, personal data which have been transmitted shall be deleted as soon as they are no longer required for the purpose for which they were transmitted.

(7) The transmitting and the receiving authority shall be obliged to keep records of the transmission and receipt of personal data and to protect the transmitted personal data effectively against unauthorized access, unauthorized modification and unauthorized release.

Article 16

The Contracting Parties agree to promote the use of low-noise and low-pollution vehicles, and of vehicles fitted with modern safety equipment, for carriage operations as defined in article 1. The details shall be agreed within the Joint Committee established in accordance with article 14.

Article 17

The Contracting Parties shall inform one another of the identity of the competent authorities referred to in articles 3, 4, 5, 10, 12, 13 and 15 of this Agreement.

Article 18

The obligations of the Contracting Parties arising from other international agreements, including the obligations of the Federal Republic of Germany arising from its membership of the European Union, shall be unaffected by this Agreement.

Article 19

(1) This Agreement shall enter into force one month after its signature.

(2) This Agreement is concluded for an indefinite duration. It may be denounced in writing by either of the Contracting Parties. In such case, the Agreement shall cease to have effect six months after receipt of the denunciation by the other Contracting Party.

Article 20

With the entry into force of the present Agreement, the Agreement of 22 October 1992 between the Federal Ministry of Transport of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Transport of the Republic of Lithuania concerning transfrontier transport of passengers and goods by road shall cease to have effect.

DONE at Kiel on 19 June 1995 in duplicate in the German and the Lithuanian languages, both texts being equally binding.

For the Government
of the Federal Republic of Germany:

REINHART KRAUS
WOLFGANG GRÖBL

For the Government
of the Republic of Lithuania:

JONAS BIRZISKIS

ANNEX 1¹

ANNEX 2¹

¹ Not published herein for technical reasons.

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE
FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE
LA RÉPUBLIQUE DE LITUANIE RELATIF AU TRANSPORT
TRANSFRONTALIER DE PERSONNES ET DE MARCHAN-
DISES PAR ROUTE

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement
de la République de Lituanie,

Désireux de réglementer et de favoriser le transport transfrontalier de passagers
et de marchandises par route,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

Sous réserve des dispositions du droit interne de chacune des Parties contrac-
tantes, le présent Accord règle le transport transfrontalier, par la route, des passa-
gers et des marchandises entre le territoire de la République fédérale d'Allemagne et
celui de la République de Lituanie ainsi que leur transport en transit par le territoire
de ces deux pays, par des entreprises qui sont autorisées à effectuer un tel transport
sur le territoire de leur pays. Ce transport transfrontalier a lieu aux points de passage
de la frontière définis par chacune des Parties contractantes.

TRANSPORT DES PASSAGERS

Article 2

1) Au sens du présent Accord, on entend par transport des passagers l'ache-
minement des personnes et de leurs bagages par des autocars exploités en compte
propre ou pour le compte de tiers ainsi que par des voitures automobiles exploitées
pour le compte de tiers (par exemple, taxis ou voitures de location). La présente
définition s'applique aussi aux trajets à vide liés à ces services de transports.

2) Par autocars, on entend des véhicules automobiles qui, en raison de leur
construction et de leur aménagement, conviennent et sont destinés à l'achemine-
ment de plus de neuf personnes (y compris le conducteur). Par voitures automobiles,
on entend des véhicules automobiles qui, en raison de leur construction et de leur
aménagement, conviennent et sont destinés au transport de neuf personnes au plus
(y compris le conducteur).

Article 3

1) Par transport de ligne, on entend l'acheminement régulier de passagers
selon des modalités prévoyant des liaisons particulières conformément à des horai-
res, un barème et des conditions définis d'avance et publiés, permettant aux passa-
gers de monter dans les moyens de transport et d'en descendre à des arrêts prédé-

¹ Entré en vigueur le 22 novembre 1992, soit un mois après la signature, conformément à l'article 19.

terminés. Ces caractéristiques s'appliquent aussi aux transports qui sont exploités comme des transports de ligne.

2) Quelle que soit la personne qui détermine le déroulement du trajet, on entend également par transport de ligne, au sens du présent Accord, l'acheminement régulier de catégories particulières de personnes à l'exclusion d'autres passagers, à condition qu'il présente les caractéristiques d'un transport de ligne définies au paragraphe 1 du présent article. Cet acheminement, en particulier celui de salariés jusqu'à leur lieu de travail et, de là, au lieu de leur domicile, est appelé « forme particulière de transport de ligne ».

3) Les transports de ligne en cabotage ou en transit sont subordonnés à l'autorisation des autorités compétentes des deux Parties contractantes. Ces autorisations seront accordées d'un commun accord, conformément à la législation en vigueur de la Partie contractante intéressée et pourront l'être pour une durée pouvant atteindre cinq ans.

4) Toute modification apportée au déroulement du transport, aux arrêts, aux horaires, aux barèmes et aux autres conditions est subordonnée à l'approbation préalable des autorités compétentes des deux Parties contractantes. Il en est de même en cas de cessation de l'exploitation des transports.

5) Les demandes d'établissement de transports de ligne, de même que les demandes visées au paragraphe 4 du présent article doivent être faites aux autorités compétentes de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'entreprise a son siège d'exploitation. Ces demandes, accompagnées des observations de cette Partie contractante, sont immédiatement transmises à l'autre Partie.

6) Les demandes visées aux paragraphes 4 et 5 du présent Accord doivent contenir les renseignements suivants :

1. Nom et prénom ou raison sociale et adresse complète de l'entreprise qui fait la demande;
2. Type de transport;
3. Durée de l'autorisation demandée;
4. Période d'exploitation et nombre de trajets (par exemple, trajets quotidiens, hebdomadaires);
5. Horaire;
6. Description précise de l'exploitation de la ligne (arrêts auxquels les passagers peuvent monter et descendre, autres arrêts, arrêts aux passages frontaliers);
7. Longueur de la ligne en kilomètres à l'aller et au retour;
8. Longueur de la distance journalière;
9. Périodes pendant lesquelles le chauffeur conduit et périodes de repos;
10. Nombre maximal de places assises dans les autocars;
11. Barèmes et conditions des transports (tarifs).

Article 4

1) Par transports pendulaires, on entend les services d'acheminement de groupes préconstitués de passagers depuis le même point de départ jusqu'au même point d'arrivée au moyen d'aller et retour multiples. Ces groupes, qui sont constitués

de passagers qui ont effectué l'aller, sont reconduits au point de départ à l'issue de retours ultérieurs. Par point de départ et point d'arrivée, on entend respectivement le lieu où le voyage a commencé et celui où il s'est terminé ainsi que les lieux situés dans un rayon de 50 km. En plus du transport, l'hébergement des groupes de voyageurs, avec ou sans repas au lieu de destination et, le cas échéant, pendant le voyage, doit être inclus. Le premier trajet de retour et le dernier trajet d'aller doivent être des trajets à vide.

2) La qualité de transport pendulaire n'est pas modifiée si, avec l'autorisation des autorités compétentes de la Partie contractante intéressée, ou des deux Parties contractantes si elles sont toutes deux intéressées, les voyageurs effectuent le trajet de retour avec un autre groupe que celui qui est prévu au paragraphe 1 du présent article.

3) Tout transport pendulaire nécessite l'autorisation des autorités compétentes de l'autre Partie contractante. La demande d'autorisation doit être faite directement aux autorités compétentes de cette autre Partie. Elle doit être présentée 60 jours avant le début du transport.

4) Les demandes d'autorisation de transport pendulaire visées au paragraphe 3 du présent article doivent, en plus des renseignements visés au paragraphe 6 de l'article 3, indiquer aussi les dates de voyage et le nombre des trajets, donner des renseignements sur les lieux et les hôtels ainsi que les autres installations où les passagers seront hébergés pendant leur séjour et préciser la durée de celui-ci.

5) Les règles d'autorisation des voyages pendulaires, les formules de demande d'autorisation et les autorités compétentes seront définies d'un commun accord par les deux Parties contractantes dans le cadre de la Commission mixte qui sera constituée conformément aux dispositions de l'article 14.

6) Les entreprises qui organisent des voyages pendulaires au sens du paragraphe 1 du présent article établissent une liste des passagers qui, à l'entrée sur le territoire de l'autre Partie contractante, est visée par les services de douane de celle-ci.

Article 5

1) Par transports occasionnels, on entend les transports qui ne sont ni des transports de ligne au sens du paragraphe 1 de l'article 3 ni des transports pendulaires au sens de l'article 4 du présent Accord.

2) Les transports occasionnels, qu'ils soient de cabotage ou en transit, ne nécessitent pas d'autorisation lorsqu'il s'agit :

a) Soit de trajets effectués au moyen de véhicules automobiles qui transportent le même groupe de passagers sur tout le trajet et le ramènent au point de départ (voyage circulaire portes fermées);

b) Soit de transports au cours desquels les passagers montent dans le véhicule pour le trajet aller et le trajet retour se fait à vide;

c) Soit de trajets à vide effectués par des véhicules qui vont reprendre un groupe de passagers acheminés dans l'autre sens par des véhicules de la même entreprise conformément aux dispositions de l'alinéa *b* du présent paragraphe afin de les ramener au point de départ.

3) Aucun passager ne peut monter à bord du véhicule ni en descendre au cours des transports occasionnels, sauf autorisation spéciale des autorités compétentes de la Partie contractante intéressée.

4) Les transports occasionnels qui ne remplissent pas les conditions énoncées au paragraphe 2 du présent article doivent être dans tous les cas autorisés par les autorités compétentes de l'autre Partie contractante. La demande d'autorisation doit être présentée par l'intermédiaire des autorités compétentes de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'entreprise de transport a son siège aux autorités compétentes de l'autre Partie, au moins quatre semaines avant le début du transport occasionnel.

5) Les demandes visées au paragraphe 4 du présent article doivent contenir les renseignements suivants :

1. Nom et prénom ou raison sociale et adresse complète de l'entreprise et, le cas échéant, de l'organisateur du voyage qui a commandé le transport;
2. Etat sur le territoire duquel le groupe de passagers est constitué;
3. Lieu de départ et lieu de destination du trajet;
4. Itinéraire avec les points de passage de la frontière;
5. Dates de l'aller et du retour;
6. Périodes pendant lesquelles le chauffeur conduit et périodes de repos;
7. Numéro d'immatriculation et nombre de places assises des véhicules automobiles qui serviront au transport.

6) La nature des documents pour les transports occasionnels ne nécessitant pas d'autorisation sera définie dans le cadre de la Commission mixte qui sera constituée conformément aux dispositions de l'article 14 du présent Accord.

Article 6

1. Les autorisations accordées conformément aux dispositions du paragraphe 3 de l'article 3, du paragraphe 3 de l'article 4 et des paragraphes 3 et 4 de l'article 5 du présent Accord ne sont valables que pour l'entreprise qui les a reçues. Elles ne peuvent ni être transmises à une autre entreprise ni, dans le cas d'un transport occasionnel, être utilisées pour d'autres véhicules que ceux qui y sont indiqués. Lorsqu'il s'agit d'un transport de ligne, toutefois, l'entreprise qui reçoit l'autorisation peut faire appel à des sociétés de sous-traitance dont il n'est pas nécessaire d'indiquer le nom sur les demandes d'autorisation. Les moyens de transport que ces dernières emploient doivent cependant transporter une copie certifiée conforme de cette autorisation ainsi que le contrat conclu entre l'entreprise et la société de sous-traitance, ou une copie certifiée conforme de ce contrat.

2) Les autorisations, documents de vérification ou autres pièces relatives aux transports prévus par le présent Accord doivent se trouver dans le véhicule pendant tous les trajets auxquels s'applique le présent Accord et être présentés sur demande aux agents des services de contrôle compétents. Les documents nécessaires aux contrôles doivent être dûment remplis avant le début du voyage.

TRANSPORT DE MARCHANDISES

Article 7

Pour effectuer tout transport depuis le territoire de la Partie contractante sur le territoire de laquelle le véhicule utilisé est immatriculé à destination du territoire de

l'autre Partie et inversement, ainsi que tout transport en transit par le territoire de cette autre Partie, les entreprises de transport de marchandises doivent obtenir l'autorisation des autorités compétentes de ladite autre Partie pour chaque transport.

Article 8

1) L'autorisation est délivrée à l'entreprise de transport. Elle est nominale et non transférable.

2) Une autorisation est nécessaire pour chaque véhicule automobile de transport de marchandises et chaque remorqueur. L'autorisation est valable en même temps pour la remorque ou la semi-remorque qui l'accompagne, quel que soit le lieu de leur immatriculation.

3) Les autorisations sont valables pour un nombre illimité de trajets pendant la période pour laquelle elles ont été accordées (autorisation accordée pour une période définie) ou pour un ou plusieurs aller et retour au cours de la période indiquée (autorisation accordée pour un nombre de trajets définis).

4) Les transports en provenance du territoire de l'autre Partie contractante à destination d'un pays tiers et inversement ne sont autorisés que si le territoire de la Partie contractante où le véhicule est immatriculé est traversé de ce fait le long d'un itinéraire de transport normal. La Commission mixte qui sera constituée conformément aux dispositions de l'article 14 du présent Accord pourra convenir d'exceptions si elle le juge nécessaire après examen.

5) Les transports de marchandises entre deux points situés sur le territoire de l'autre Partie contractante ne sont pas autorisés.

6) Les transports visés par le présent Accord nécessitent des documents de transport de fret sur le modèle international usuel.

Article 9

1) Aucune autorisation n'est nécessaire pour le transport des articles ou objets ci-après :

1. Articles ou matériaux destinés exclusivement à la publicité ou à l'enseignement (par exemple, articles pour les foires ou les expositions);

2. Objets ou accessoires destinés à des manifestations théâtrales, musicales, cinématographiques ou sportives ou des représentations de cirque ou provenant de telles manifestations ou représentations ou destinés à des enregistrements télévisés, radiodiffusés ou cinématographiques ou provenant de tels enregistrements;

3. Véhicules endommagés (rapatriements);

4. Corps;

5. Marchandises avec véhicules automobiles dont la charge totale admise, y compris le poids total de la remorque, ne dépasse pas 6 tonnes ou dont la charge utile admise, y compris celle de la remorque, ne dépasse pas 3,5 tonnes;

6. Médicaments, appareils et équipements médicaux ainsi que d'autres biens destinés à des secours d'urgence (en particulier en cas de catastrophe naturelle).

2) Aucune autorisation au sens de l'article 7 du présent Accord n'est nécessaire pour les transports de fabrique. Ils doivent être accompagnés de documents attestant leur nature.

3) La Commission mixte constituée conformément aux dispositions de l'article 14 du présent Accord pourra convenir de dispenser d'autres types de transport de cette autorisation.

Article 10

1) Les autorisations que les entreprises de la République de Lituanie doivent obtenir seront accordées par le Ministère fédéral des transports de la République fédérale d'Allemagne et remises par le Ministère des transports de la République de Lituanie ou par les services chargés par lui de le faire.

2) Les autorisations que les entreprises de la République fédérale d'Allemagne doivent obtenir seront accordées par le Ministère des transports de la République de Lituanie et remises par le Ministère fédéral des transports de la République fédérale d'Allemagne ou par les services chargés par lui de le faire.

Article 11

1) Le nombre nécessaire d'autorisations que chaque Partie contractante peut accorder chaque année sera arrêté par la Commission mixte qui sera constituée conformément aux dispositions de l'article 14 du présent Accord, sur une base de réciprocité et compte tenu du volume du commerce extérieur et des voyages en transit.

2) Le nombre d'autorisations qui sera ainsi défini pourra être modifié si besoin est conformément aux dispositions de l'article 14 du présent Accord.

3) La teneur et la forme des autorisations seront définies dans le cadre de la Commission mixte qui sera constituée conformément aux dispositions de l'article 14 du présent Accord.

DISPOSITIONS GÉNÉRALES

Article 12

Les véhicules ou les chargements dont le poids ou le volume excède les limites admises sur le territoire de l'autre Partie contractante nécessitent une autorisation spéciale des autorités compétentes de cette autre Partie.

Article 13

1) Les entrepreneurs sont tenus de respecter la législation en vigueur sur le territoire de l'autre Partie contractante et les autres dispositions relatives à la circulation routière et aux véhicules automobiles, ainsi que les dispositions concernant les douanes et l'entrée et le séjour sur le territoire de cette autre Partie.

2) Si un entrepreneur et ses chauffeurs enfreignent de manière grave ou répétée le droit applicable par l'autre Partie contractante et les dispositions du présent Accord, les autorités compétentes de la Partie sur le territoire de laquelle le véhicule est immatriculé prennent l'une des mesures ci-après à la demande des autorités compétentes de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'infraction a eu lieu :

a) Elles enjoignent à l'entrepreneur responsable de respecter les règlements applicables (avertissement);

b) Elles interdisent provisoirement les transports visés par le présent Accord;

c) Elles suspendent la délivrance d'autorisations à l'entrepreneur responsable ou retirent les autorisations déjà accordées jusqu'à expiration de la période pendant laquelle les autorités compétentes de l'autre Partie contractante ont exclu l'entrepreneur de la participation aux transports.

3) Les mesures visées à l'alinéa *b* du paragraphe 2 du présent article peuvent aussi être prises directement par les autorités compétentes de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'infraction a été commise.

4) Les autorités compétentes des deux Parties contractantes s'informent des mesures prises en application des dispositions de l'article 15 du présent Accord.

Article 14

Les représentants des Parties contractantes constituent une Commission mixte qui se réunit à la demande de l'une ou l'autre Partie pour assurer la bonne application du présent Accord. Si besoin est, avec la participation d'autres services compétents, la Commission mixte formule des propositions pour adapter le présent Accord à l'évolution des transports ainsi qu'aux modifications des règlements.

Article 15

Conformément à la législation en vigueur des Parties contractantes, les dispositions ci-après s'appliquent aux renseignements personnels communiqués aux fins de l'application du présent Accord conformément au droit interne :

1. Les renseignements communiqués ne peuvent être utilisés par leur destinataire qu'aux fins auxquelles ils l'ont été et aux conditions imposées par les autorités qui les ont transmis.

2. Le destinataire informe les autorités qui ont transmis les renseignements, à leur demande, de l'utilisation qui en a été faite et des résultats qui ont été ainsi obtenus.

3. Les renseignements d'ordre personnel ne peuvent être communiqués qu'aux autorités compétentes qui, elles-mêmes, ne peuvent les transmettre qu'avec le consentement des autorités qui les ont fournis.

4. Les autorités qui communiquent les renseignements sont tenues de veiller à l'exactitude des renseignements à transmettre et de s'assurer que cette communication est effectivement nécessaire et que les renseignements correspondent à l'objet de la communication. Les interdictions de communication de ces renseignements prévues par le droit interne applicable doivent être respectées. Le destinataire doit être immédiatement averti s'il apparaît que les renseignements communiqués sont inexacts ou ne devaient pas être divulgués. Il est tenu de rectifier les renseignements ou de les détruire.

5. La personne intéressée doit être informée, sur sa demande, des renseignements communiqués à son sujet et de l'objet de la communication, sauf s'il apparaît, après examen, que l'intérêt public à ne pas le faire est supérieur à l'intérêt de la personne concernée à en être informée. Pour le reste, le droit de l'intéressé à être informé est défini par le droit de la Partie contractante sur le territoire de laquelle les renseignements sont demandés.

6. Si le droit que les autorités qui communiquent les renseignements doivent appliquer au sujet des renseignements personnels à communiquer prévoit des délais particuliers à l'issue desquels ces renseignements doivent être détruits, les autorités qui communiquent lesdits renseignements en informent le destinataire. Indépen-

damment de ces délais, les renseignements personnels communiqués doivent être détruits dès qu'ils ne sont plus nécessaires à l'objet de leur communication.

7. Les autorités qui communiquent des renseignements personnels et celles qui les reçoivent sont tenues d'enregistrer leur communication et leur réception et d'empêcher effectivement qu'ils puissent être connus ou modifiés par des personnes non autorisées ou portés à la connaissance de telles personnes.

Article 16

Aux fins des transports visés à l'article premier du présent article, les Parties contractantes conviennent de favoriser l'utilisation de véhicules produisant peu de bruit et d'émissions nocives ainsi que de véhicules équipés d'éléments de la sécurité automobile moderne. Les détails seront arrêtés dans le cadre de la Commission mixte qui sera constituée conformément aux dispositions de l'article 14 du présent Accord.

Article 17

Chaque Partie contractante désignera à l'autre les autorités compétentes au sens des articles 3, 4, 5, 10, 12, 13 et 15 du présent Accord.

Article 18

Le présent Accord ne modifie en rien les obligations qui incombent aux Parties contractantes en vertu d'autres conventions internationales, entre autres les obligations qui résultent pour la République fédérale d'Allemagne de son appartenance à l'Union européenne.

Article 19

- 1) Le présent Accord entrera en vigueur un mois à compter de sa signature.
- 2) Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée. Il pourra être dénoncé par chacune des Parties contractantes par notification écrite adressée à l'autre avec un préavis de six mois.

Article 20

L'Arrangement du 22 octobre 1992 entre le Ministère fédéral des transports de la République fédérale d'Allemagne et le Ministère des transports de la République de Lituanie relatif au transport transfrontalier de personnes et de marchandises s'éteindra à la date d'entrée en vigueur du présent Accord.

FAIT à Kiel, le 19 juin 1995, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et lituanienne, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement
de la République fédérale d'Allemagne :

REINHART KRAUS
WOLFGANG GRÖBL

Pour le Gouvernement
de la République de Lituanie :

JONAS BIRZISKIS

ANNEXE 1¹

ANNEXE 2¹

¹ Non publiées ici pour des raisons techniques.

TERMINATION OF THE AGREEMENT OF 22 OCTOBER 1992 BETWEEN THE FEDERAL MINISTRY OF TRANSPORT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE MINISTRY OF TRANSPORT OF THE REPUBLIC OF LITHUANIA CONCERNING TRANSFRONTIER TRANSPORT OF PERSONS AND GOODS BY ROAD¹ (*NOTE BY THE SECRETARIAT*)

The Government of Germany registered on 17 July 1997 the Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Lithuania concerning transfrontier transport of persons and goods by road signed at Kiel on 19 June 1995.²

The said Agreement, which came into force on 19 July 1995, provides, in its article 20, for the termination of the above-mentioned Agreement of 22 October 1992.

(17 July 1997)

¹ See p. 135 of this volume.

² See p. 179 of this volume.

ABROGATION DE L'ACCORD DU 22 OCTOBRE 1992 ENTRE LE
MINISTÈRE FÉDÉRAL DES TRANSPORTS DE LA RÉPUBLI-
QUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE MINISTÈRE DES
TRANSPORTS DE LA RÉPUBLIQUE DE LITUANIE RELATIF
AU TRANSPORT TRANSFRONTALIER DE PERSONNES ET DE
MARCHANDISES PAR ROUTE¹ (*NOTE DU SECRÉTARIAT*)

Le Gouvernement allemand a enregistré le 17 juillet 1997 l'Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Lituanie relatif au transport transfrontalier de personnes et de marchandises par route signé à Kiel le 19 juin 1995².

Ledit Accord, qui est entré en vigueur le 19 juillet 1995, stipule, à son article 20, l'abrogation de l'Accord susmentionné du 22 octobre 1992.

(17 juillet 1997)

¹ Voir p. 135 du présent volume.

² Voir p. 179 du présent volume.

